Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/2121

25. 09. 78

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Vertragsverletzungen der DDR

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Angesichts sich häufender Verletzungen von Verträgen, Vereinbarungen und Zusagen seitens der DDR wird die Bundesregierung erneut aufgefordert, die DDR-Regierung zu rechts- und vertragstreuem Verhalten zu veranlassen.

   Die Bundesregierung darf nicht hinnehmen, daß seit Abschluß der Verträge

   — immer mehr Reisende an den Übergängen nach Mitteldeutschland und Ost-Berlin zurückgewiesen und Einreiseverbote verhängt werden;

   — willkürliche Kontrollen, Durchsuchungen, Festnahmen und sonstige Behinderungen auf den Transitstraßen von und nach West-Berlin durch Organe der DDR vorgenommen werden;

   — Pressebüros nach Gutdünken der Machthaber geschlossen, Journalisten in ihrer Arbeit behindert oder ausgewiesen und Akkreditierungen verweigert werden;

   — die Sperranlagen an der Zonengrenze verstärkt ausgebaut und durch perfektionierte Tötungsmaschinen, neue Minenfelder und Elektrozäune immer unmenschlicher werden und

   — viele der in internationalen Verträgen und Konventionen auch von der DDR den Bürgern verbriefte Grund- und Menschenrechte diesen weiterhin vorenthalten werden.

2. Die bisherige Haltung der Bundesregierung hat die DDR offenbar zu weiteren Verstößen gegen Buchstaben und Geist der Verträge und Vereinbarungen ermutigt.

   Daher wird die Bundesregierung aufgefordert, entsprechend dem Auftrag des Grundgesetzes für alle Deutschen zu han-

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Tel. 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 5300 Bonn 2, Postfach 2008 21
Bonn-Bad Godesberg, Herderstr. 56, Tel. (02221) 36 35 51

deln und gegenüber der DDR auf der Erfüllung ihrer vertraglichen Pflichten zu bestehen.

3. Die Bundesregierung wird insbesondere aufgefordert, die innerdeutschen Beziehungen als einheitliches Ganzes zu sehen und der SED-Führung klarzumachen, daß ständige Beeinträchtigungen in Teilbereichen nicht ohne Folgen für andere Bereiche der Beziehungen bleiben können.

Bonn, den 25. September 1978

Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion

Begründung

Die Fraktion der CDU/CSU des Deutschen Bundestages bringt diesen Antrag ein aus Sorge darüber, daß die groben Vertragsverletzungen und zahlreichen Maßnahmen der DDR, die gegen Frieden, Menschlichkeit und gute Nachbarschaft gerichtet sind, noch weiter zunehmen werden, wenn nicht endlich mit allem Nachdruck auf der Einhaltung der Verträge bestanden wird – wie z. B. der Charta der Vereinten Nationen, des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte, des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin, des Transitabkommens, des Verkehrsvertrags, des innerdeutschen Grundlagenvertrags und seiner Folgevereinbarungen sowie der KSZE-Schlußakte von Helsinki. Die DDR-Führung darf nicht die ihr vorteilhaft erscheinenden Vertragsfolgen als selbstverständlich einfordern, die Erfüllung der den Menschen in Deutschland dienenden Bestimmungen aber verweigern.